Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 40 (1993)
Heft: 9

Artikel: Noch weit entfernt von Stabilität und Frieden
Autor: Reinmann, Eduard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-368354

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Im Jahre 1291 fanden die Besonnensten und Wägsten unter den Landleuten von Uri, Schwyz und Unterwalden auf dem Rütli zusammen und beschworen den Bund der Eidgenossen. Sie wollten Frieden und Sicherheit für alle und eine stabile Rechtsordnung. 702 Jahre sind seither ins Land gezogen. Recht, Sicherheit, Frieden und Unabhängigkeit mussten immer wieder verteidigt und neu erkämpft werden, manchmal unter Einsatz von Blut und Leben. Vorkommnisse ähnlicher Art und mit den gleichen Zielen wie auf dem Rütli sind auch in den Geschichtsschreibungen anderer Völker zu finden. Freiheit und Sicherheit sind Güter, die nicht geschenkt werden, sondern immer neu erkämpft sein wollen. Vielleicht gerade deshalb sind wir auf der Welt noch weit entfernt von Frieden und Sicherheit...

FOTO: E. REINMANN

Viele Unsicherheitsfaktoren in der europäischen Sicherheit

Noch weit entfernt von Stabilität und Frieden

Auf der ganzen Welt werden gemäss einer im Juni 1993 veröffentlichten Aufstellung des Carter-Instituts in Atlanta, USA, zurzeit 34 Kriege geführt und 112 bewaffnete Konflikte ausgetragen. Europa wird seit zwei Jahren vom grausamen Krieg im ehemaligen Jugoslawien erschüttert. Und in den selbständig gewordenen Republiken der früheren Sowjetunion verheissen die mit Waffengewalt ausgetragenen Machtkämpfe nichts Gutes. Die Welt und insbesondere Europa ist in den letzten Jahren um nichts sicherer geworden. Nur die Gefahrensituation hat sich verändert.

EDUARD REINMANN

Gewiss, die Gefahr eines globalen Krieges ist in weite Ferne gerückt. Aber konventionelle Kriege sind wieder möglich geworden, die Hemmschwelle ist deutlich herabgesetzt. Hinzu kommt, das das kollektive Sicherheitsdenken in Europa gefährliche Risse bekommen hat. Die Spannungen innerhalb der Nato haben sich dermassen verstärkt, dass die Zukunft dieses Verteidigungsbündnisses nicht mehr als gesichert betrachtet werden kann. Und – die Ereignisse auf dem Balkan zeigen es – weder die Amerikaner noch die Europäer wollen sich bei lokal begrenzten Konflikten mit militärischen Mitteln in friedenserhaltenden Aktionen engagieren. Die neue Lage ist gefährlicher als die alte, auch für die Schweiz.

Worte, aber keine Taten

Der Krieg im Balkan liegt uns nicht nur räumlich, sondern auch gefühlsmässig am nächsten. In der Schweiz wie in anderen demokratischen Staaten ist man «schokkiert und empört» über die Grausamkeiten, das Leiden und Sterben nicht weit von uns. Die Forderung, «etwas zu unternehmen», wird oft und unüberhörbar vorgetragen. Nur, wer soll denn diesen Krieg stoppen? Wer die dreckige Arbeit verrichten? Sind wir bereit, selber Opfer zu bringen, um dem Schrecken Einhalt zu gebieten? Eben in jüngster Zeit zeigt sich, dass man es offenbar lieber bei verbal ausgedrückter Entrüstung bewenden lässt, als sich mit Taten zu engagieren. Der heftige Widerstand einzelner Kreise gegen eine Schweizer Blauhelmtruppe muss sehr zu denken geben.

Abrüstung in Europa

Ungeachtet der unsicheren Lage in Europa, der Waffenproliferation an konfliktträchtige Staaten, der neuen Aufrüstung am Persischen Golf und des immer stärker in Erscheinung tretenden islamischen Fundamentalismus, herrscht in Europa ein wahres Abrüstungsfieber. In Deutschland soll der Höchstbestand der Bundeswehr trotz des Zuwachses aus den neuen Bundesländern die Zahl von 370000 Mann nicht überschreiten, und man trägt sich mit dem Gedanken einer Halbierung der Grundausbildungszeit von zwölf auf sechs Monate. Belgien reduziert den Truppenbestand seiner Streitkräfte auf die Hälfte. Italien, Dänemark und Holland kürzen um über 40%. Und auch Frankreich verringert seine Bodentruppen.

Allerdings sind nicht alle diese Massnahmen im Abrüstungsbereich anzusiedeln und als Schwächung des militärischen Potentials zu betrachten. Zum Teil geht es – wie auch in der Schweiz mit der Armee 95 – um eine Neustrukturierung der Streitkräfte unter einer veränderten strategischen Lage. Immerhin ist man heute auch unter Nato-Verantwortlichen darüber beunruhigt, dass mehrere Mitgliedstaaten der Atlantischen Allianz ihr operatives Verteidigungspotential in grösserem Ausmass reduzieren, als dies von der Nato im Jahr 1991 geplant wurde. Hinzu kommt die drastische Reduktion der in Europa stationierten amerikanischen Truppen. 1995 sollen es noch 100000 Mann sein. Etwas mehr als 300000 waren es Mitte der achtziger Jahre.

Ein ganz anderer Aspekt in bezug auf das amerikanische Engagement in Europa darf nicht ausser acht gelassen werden. Das ist das derzeitige Wirtschaftswachstum Chinas und Südostasiens, das mit intensiven Rüstungsanstrengungen aller Staaten einher geht. Es ist naheliegend, dass die kollektive Sicherheit in Asien in der amerikanischen Aussenpolitik erste Priorität geniesst. Das kann mittelbare Folgen für das atlantische Bündnis haben. In Nato-Kreisen gilt es als denkbar, dass im Falle von europäischen Konflikten auf die direkte Hilfe der USA nicht mehr gezählt werden kann und die europäischen Partner auf eine Verteidigungsorganisation wie die Westeuropäische Union (WEU) angewiesen sind. Die Zurückhaltung Washingtons in der Balkan-Politik könnte damit als erstes Fallbeispiel für eine solche sicherheitspolitische Neuorientierung interpretiert werden.

Neue Herausforderungen

Die Aspekte der internationalen Lage, insofern sie für die Schweiz direkt oder indirekt von erheblicher Bedeutung sind, analysierte Korpskommandant Arthur Liener, Generalstabschef.

Eine erste sicherheitspolitische Herausforderung stellen die Probleme dar, welche sich aus den Trümmern der einstigen sowjetischen Militärmacht ergeben. Zu besonderer Sorge Anlass gibt das Nuklearpotential. Man spricht von über 30000 atomaren Sprengköpfen, von denen sich der grösste Teil in Russland befindet. Aber auch die Ukraine, Weissrussland und Kasachstan verfügen über mehrere Tausend solcher Waffen. Zwar haben diese Länder wiederholt zugesichert, auf Kernwaffen überhaupt zu verzichten. Aber besonders bezüglich der Ukraine sind erhebliche Zweifel am Platz. Das Land ist beunruhigt über die innere Entwicklung in Russland und die Spannungen im Verhältnis zu diesem grossen Nachbarn. Es ist nicht auszuschliessen, dass die Ukraine am Schluss ihre Zusagen zurücknehmen und offen für einen Kernwaffenstatus optieren wird. Die gesamten START-Verträge würden damit blockiert und die ausgehandelten Reduktionen könnten damit nicht beginnen. Aber selbst wenn der START-Vertrag in Kraft tritt, ist zu befürchten, dass Russland gar nicht in der Lage ist, das angehäufte Nuklearpotential innert einem vertragskonformen Zeitraum wieder abzubauen.

Dasselbe gilt für die chemischen Waffen. Auf Abstellgleisen in Russland sollen nicht weniger als 18000 Eisenbahnwagen mit chemischer Munition herumstehen, deren Behälter unter den Witterungseinflüssen korrodieren. Ein potentielles Katastrophenszenario von unvorstellbarem Ausmass!

Schliesslich geht es jedoch nicht nur um die Waffen an sich, sondern auch um das geistige Potential. Die Zahl der Leute, die in Russland eine Bombe bauen könnten, wird auf rund 2000 geschätzt. Die Sorge ist begründet, dass über kurz oder lang ein Abfluss an Experten in radikale Staaten der Dritten Welt erfolgen könnte.

Europas Ohnmacht

Alle bisherigen Bemühungen, dem brutalen Aggressionskrieg im ehemaligen Jugoslawien Einhalt zu gebieten, haben bisher nicht zum Ziel geführt. Das setzt ein grosses Fragezeichen hinter alle Hoffnungen auf eine stabile und friedliche europäische Sicherheitsordnung. Die Ohnmacht des demokratischen Europas gegenüber diesem Krieg kann ein höchst gefährliches Signal aussenden. Wenn Serbien praktisch ungeschoren seine Grenzen mit militärischer Macht neu ziehen kann, so riskieren wir, uns in nicht allzu ferner Zukunft weiteren «Jugoslawien» gegenüberzusehen. Denn was auf dem Balkan geschieht, ist möglicherweise mehr als bloss ein blutiger Krieg. Es könnte durchaus der erste Schritt in einem eigentlichen Erbfolgekrieg sein, in dem es um die Neugliederung und Aufteilung der Konkursmasse sowohl des ottomanischen wie des sowjetischen Reiches geht. Die Grenzen sind keineswegs nur im ehemaligen Jugoslawien umstritten, und ethnische Minderheiten finden sich auf dem ganzen Balkan und in ganz Südosteuropa. Vom bereits von Kriegen heimgesuchten Kaukasus und dem chronisch instabilen Nahen und Mittleren Osten gar nicht zu reden.

Politische Instabilität im Osten

Es wäre verfehlt, ausschliesslich militärische Gefahrenpotentiale in die sicherheitspolitischen Überlegungen einzubeziehen. Nicht minder beunruhigend ist die wirtschaftlich schlechte Lage und die damit einhergehende politische Instabilität im ehemaligen Ostblock insgesamt. In Russland beträgt die Inflationsrate heute weit

Die europäische Sicherheitsarchitektur und die Schweiz

Ein neues Europa formt sich innerhalb eines eigentlichen Krisenbogens, der von der ehemaligen UdSSR über den Balkan und den Nahen und Mittleren Osten bis zum Maghreb reicht. Europa formt sich zudem in der Auseinandersetzung mit den Problemen, die der Krisenbogen aufwirft. Wie die Architektur schliesslich aussehen wird, die diese neue Sicherheitsordnung trägt, ist noch weitgehend offen. Identifizierbar sind als wesentliche Stützpfeiler KSZE, Nato, WEU, EG, Europarat, G-7, OECD und UNO. Ohne Zweifel befindet sich unser strategisches und internationales Umfeld in einer Periode tiefgreifenden Wandels, der noch Jahre andauern wird. Wir sehen uns mit neuen Herausforderungen konfrontiert, die manchmal auch ängstigen. Unsere Nachbarn in Europa sind in genau der gleichen Lage. Die Schweiz stellt hier keinen «Sonderfall» dar. Die Herausforderungen müssen pragmatisch, flexibel und ruhig angepackt werden. Solches Vorgehen entspricht dem Wesen unserer Bevölkerung und unseres Landes. Die Schweiz legt im sicherheitspolitischen Bereich die Hände keineswegs in den Schoss. Vielmehr verfolgt sie die internationale Entwicklung sehr genau und definiert dann, im Rahmen der realistischen Möglichkeiten, zielgerichtet die Antworten und Beiträge zur Lösung der sich stellenden Probleme. ▲

über 1000%. Bruttosozialprodukt und Industrieproduktion sind auf die Hälfte des Standes von 1980 zusammengeschrumpft. Über 90% der Bevölkerung leben unter der offiziellen Armutsgrenze. Kriminalität und Mafia breiten sich explosionsartig aus. 25 Mio. Russen finden sich plötzlich als nationale Minderheit in neu gegründeten Staaten. Der Machtkampf zwischen dem reformwilligen Präsidenten Jelzin und dem Parlament lähmt die Regierungstätigkeit und stärkt die zentrifugalen Kräfte im Lande. Manche Beobachter fürchten, dass Russland seinerseits – möglicherweise blutig – auseinanderfallen könnte.

Aber auch in Mittel- und Osteuropa sind die jungen Demokratien noch keineswegs gefestigt. Man denke nur an das tragische Auseinanderbrechen der CSSR. Immerhin, diese Staaten haben eine gute Chance, ihre Zukunft zu gestalten. Verläuft aber die Entwicklung in der ehemaligen UdSSR unglücklich und werden diese Staaten von Flüchtlingswellen überschwemmt, dann wird sich ihre Situation radikal ändern. Sicherheitspolitik in bezug auf diese Länder heisst deshalb schnelle, effiziente und zielgerichtete Hilfe.

Neue Dimensionen

Neue Dimensionen in der Sicherheitspolitik sind die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen grosser Reichweite, die Migration, der Drogenhandel und das organisierte internationale Verbrechertum, der Terrorismus und Staatsterrorismus, religiöser Fundamentalismus sowie die Bevölkerungsexplosion. Kombiniert man wirtschaftliche Not mit Fundamentalismus, Proliferation und Migration, wird sofort klar, dass hier eine potentielle Bombe tickt.

Eine weitere sicherheitspolitische Herausforderung sind die Gefährdung durch grenzüberschreitende Umweltkatastrophen. Die in ehemals sowjetischen Raketensilos tickenden und auf Eisenbahnwagen rostenden Zeitbomben wurden schon erwähnt. Es sind aber auch noch zahlreiche Schrottreaktoren vom Typ Tschernobyl in Betrieb, die jederzeit hochgehen können.

Die Sicherheitsrisiken liessen sich noch beliebig vermehren. Die Tatsache, dass alle diese Probleme nicht einfach aus der Welt zu schaffen sind, schon gar nicht mit unseren bescheidenen Möglichkeiten, darf uns nicht dazu verleiten, die Augen vor ihnen zu verschliessen. Die Schweiz muss ihren Beitrag zur europäischen Sicherheit leisten, sowohl auf wirtschaftlichem wie auch auf militärischem Gebiet. ▲

Ist der Sicherheitsbericht 90 noch zeitgemäss?

Dank Flexibilität von den Ereignissen nicht überrollt

Mit dem Bericht 90 zur Sicherheitspolitik hat die Schweiz rasch auf die veränderte strategische Lage in Europa reagiert. Die aktive Friedensförderung wurde zum eigentlichen Ziel aufgewertet, dem Schutze der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen erhöhte Bedeutung beigemessen. Welches aber ist die Bedeutung des Berichtes heute? Ist die gewählte Strategie noch zweckmässig?

HANSHEIRI DAHINDEN

Dem Bericht 90 war anfänglich vorgeworfen worden, er zeige die Möglichkeiten der Weiterentwicklung zuwenig konkret auf. Gerade das aber hat ihn davor bewahrt, innert kürzester Zeit zu veralten. Der Sicherheitsbericht hat sich, statt Prognosen zu stellen, an den folgenden vier denkbaren Grundszenarien orientiert:

- Sicherheit durch Verständigung und Kooperation.
- Rückfälle in die Konfrontation und Auftauchen neuer Gefahren.
- Gewalt unterhalb der Kriegsschwelle.
- Zunehmende Verwundbarkeit der modernen Gesellschaft.

Heute erweist sich die damalige Lagebeurteilung mit ihren «Optionen» auf verschiedene Szenarien als richtig. Sie hat ermöglicht, auch die seither eingetretenen Ereignisse zuzuordnen und darauf zu reagieren. Der Bericht 90, der auf eine Zeit des Wandels ausgerichtet wurde, dürfte deshalb noch für längere Zeit eine verbindliche und taugliche Grundlage unserer Sicherheitspolitik bleiben.

Zielvorstellung: Positives Grundszenario

Eine der wichtigsten Neuerungen in der Strategie der Schweiz war der Beitrag an die internationale Stabilität, vornehmlich in Europa. Der Bundesrat ging damals von der Annahme aus, dass die vereinbarte Abrüstung nicht nur zügig umgesetzt, sondern dass auch weitere Abrüstungsrunden im nuklearen und strategischen Bereich folgen würden. Letztlich sollte diese Entwicklung zu einer strukturellen «Nicht-Angriffsfähigkeit», also zu reinen Defensivarmeen führen.

Heute ist eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Wohl hat die Ablösung der bipolaren durch eine multipolare Machtkonstellation Europa von der Gefahr einer überraschenden oder kurzfristig möglichen Auslösung eines kontinentalen Krieges befreit und den Umfang der nuklearen Bedrohung wesentlich vermindert. Man muss jedoch zur Kenntnis nehmen, dass